

Herstellung normaler Beziehungen und sachlicher Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten entsprechend den Prinzipien der friedlichen Koexistenz und die Abrüstung.

Die Entwicklung der letzten Jahre und Monate hat erwiesen, daß die Nachkriegszeit offensichtlich zu Ende geht. Die heranreifende geschichtliche Etappe des friedlichen Zusammenlebens, der friedlichen Zusammenarbeit und des friedlichen Wettstreites der Völker erfordert die aufgeschlossene und ehrliche Teilnahme und Mitarbeit der deutschen Staaten und ihrer Regierungen. Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, hat in seinem Brief an Bundeskanzler Erhard vom 26. Mai 1964 die dringende Bitte an die Bundesregierung, an die Abgeordneten des Bundestages und der Länderparlamente, an die Führung der politischen Parteien, der Gewerkschaften, der Frauenorganisationen, der Bauern- und Jugendverbände gerichtet, zu folgenden drei Fragen Stellung zu nehmen:

„1. Frage: Sind Sie für Verzicht auf atomare Rüstung in jeglicher Form, für schrittweise Abrüstung einschließlich entsprechender Kontrollmaßnahmen und für Herabsetzung der Rüstungsausgaben in beiden deutschen Staaten?

2. Frage: Sind Sie für Verständigung und gleichberechtigte Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten und Westberlins mit dem Ziel der Überwindung der Spaltung der Nation und der Schaffung eines einheitlichen friedliebenden Deutschlands?

3. Frage: Sind Sie im Interesse der Überwindung der Spaltung für die Zusammenarbeit und das allmähliche Zusammenwachsen der beiden **deutschen Staaten und Westberlins** durch **Bildung** eines Deutschen Rates, der sich paritätisch aus Vertretern der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik und des Bundestages der Bundesrepublik zusammensetzt?“¹

Damit ist der Weg gezeigt, wie die Nachkriegszeit endgültig beendet und durch eine gesicherte Friedensordnung abgelöst werden kann. Das ist die Richtung zu einer Politik der Entspannung und Abrüstung, zur Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten und Westberlin durch Verhandlungen. Dafür tritt die DDR unermüdlich ein, weil sie den Frieden und die Wiedervereinigung Deutschlands will.

Die internationale Sicherheit und die friedliche Vereinigung der deutschen Nation erfordern gleichermaßen die Anerkennung der realen Lage

¹ **Neues Deutschland (B)**, 28. Mai 1964.